



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/51 - 2.3.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Bidaults Rom-Erklärung ein Mißverständnis ?	S. 1
AVG - asiatisches Gegenstück zur EVG	S. 3
NRW schränkt sozialen Wohnungsbau ein	S. 5
Glosse: Wenn zwei dasselbe tun ...	S. 6

Und jetzt dritte Lösung ?

(sp) Mitte dieses Monats möchte der Bundeskanzler die Ratifikationsgesetze zu den deutsch-alliierten Verträgen im Bundestag von den Regierungsparteien gebilligt haben. So hat es Dr. Adenauer wiederholt angekündigt. Der Fehlschlag der letzten Außenministerkonferenz hat ihn von dieser Absicht ebenso wenig abgebracht, wie das Gebot, nach dem eine auf die Verfassung vereidigte Regierung nicht die Verabschiedung von Gesetzen fördern kann, die Gegenstand eines Verfassungskonflikts sind. Sollten die Koalitionsparteien dem Kanzler jetzt im Bundestag folgen, so würden sie nicht nur im Widerspruch zu ihrer Entscheidung vom Dezember handeln, mit der sie endlich der verfassungsgerichtlichen Klärung die Priorität zuerkannt hatten, sondern sie würden endgültig auf die Wahrnehmung der deutschen Rechte an der Saar, auf ein Minimum an Gleichberechtigung und auf die Schaffung der Voraussetzungen für Deutschlands Sicherheit verzichten.

Und was würden die Koalitionsparteien für diese Verzicht erhalten ? Bestenfalls ein Anerkennungs schreiben des State Departments. Den Preis für die neuen Verzicht hätte jedoch nicht das State Department, sondern hätten Deutschland und Europa zu zahlen. Die für Deutschlands Einheit eintretende Politik wäre bereits an der Saar, und die Pflicht jeder deutschen Regierung und jeder nur denkbaren Parlamentsmehrheit, Deutschland ausreichende Sicherheit zu geben, wäre bereits in Bonn verraten worden.

Das ist die Situation nach der Außenministerkonferenz von Rom und ihrer Interpretierung durch Adenauer und Bidault. Wir können es angesichts dieser Lage einfach noch nicht glauben, daß die Koalition trotzdem die 3. Lesung der Vertragsgesetze auch nur für denkbar hält. Bidault hat eindeutig erklärt, daß Paris ohne Einigung über die Zusatzprotokolle nicht ratifizieren wird. Da ist kein Mißverständnis mehr möglich, so sehr auch der Bundeskanzler eine solche Bagatellisierung noch für vertretbar hält. Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, die Koalitionsparteien könnten jetzt die alte Fassung des EVG-Vertrages annehmen und dann zu den von Paris geforderten Änderungen Nein sagen, wenn Paris von der Annahme dieser Änderungen seine Zustimmung zu dem von Adenauer bereits bisher unter großen Verzichtern unterstützten Vertrag abhängig macht.

Es gibt in dieser Situation nur einen Ausweg und der liegt in neuen Verhandlungen über eine auch militärische Kooperation aller freien europäischen Völker auf der Grundlage der gleichen Rechte und der gleichen Sicherheit und unter ausreichender Berücksichtigung der Belange der deutschen Einheit, um die es auch an der Saar geht. Das Argument, daß neue Verhandlungen zu viel Zeit kosten würden, ist nicht mehr stichhaltig, nachdem die Auseinandersetzungen um die von Adenauer unterschriebenen schlechten Verträge nicht nur bereits zehn Monate Zeit kosten, sondern höchst wahrscheinlich noch einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen werden, als es für neue Verhandlungen und neue Verträge notwendig wäre. Daß bei diesen Verhandlungen auch der Forderung nach der deutschen Sicherheit Rechnung getragen werden muß, ist selbstverständlich. Schafft schon der EVG-Vertrag diese Sicherheit nicht, so laufen die französischen Zusatzprotokolle darauf hinaus, Deutschland im Falle eines Krieges allein zu lassen. Die deutschen Einheiten, denen schon im EVG-Vertrag ein Oberkommando zugemutet wird, in dem kein Deutscher mitentscheidet, würden damit zu der "Armee ohne die geringste Chance" degradiert werden.

Für die SPD bedeutet das Ergebnis der Außenministerkonferenz von Rom die Pflicht, den Kampf gegen diese Verträge und für neue Verträge weiter zu aktivieren. Geht es im Interesse der Demokratie in der Bundesrepublik vor allem um die Verfassungsmäßigkeit und geht es im Politischen um die deutsche Einheit und die Gleichberechtigung, so geht es im Militärischen um Leben und Tod unseres ganzen Volkes. Bei jeder Entscheidung hierüber kann man sich nicht, wie der Bundeskanzler, auf jene Außenpolitik verlassen, die "eine Funktion des Vertrauens" ist, sondern nur auf Tatsachen und ihre nüchterne Wertung, wozu Adenauer angesichts des Scheiterns seiner Politik der Wiederbewaffnung um jeden Preis offensichtlich nicht mehr fähig ist.

+ + +

AVG - "Asiatische Verteidigungsgemeinschaft ?"

D.P. Mitten in der verworrenen Debatte um die EVG und um Pariser "Zusätze" zum Europaarmee-Vertrag reiste Marschall Juin, der Oberbefehlshaber der kontinentalen Landstreitkräfte der NATO nach Tokio, um mit dem amerikanischen General Clark über eine strategische Zusammenarbeit im ostasiatischen Raum zu konferieren. Gleichzeitig begab sich Paul Reynaud, der französische Rechtspolitiker, der den Krieg um Indochina seit Jahr und Tag von Paris aus dirigiert, nach Saigon, um dort über eine Vergrößerung der einheimischen Vietnam-Streitkräfte zu beraten. Strategie, Nachrichtendienst und Spionageabwehr in Korea, Indochina und britisch Malakka sollen künftig aufeinander abgestimmt werden. Die Hauptlast der Kämpfe wird auf südkoreanische und vietnamesische Truppen verlagert.

Die USA, England und Frankreich sind anlässlich der Europareise des amerikanischen Außenministers Dulles übereingekommen, auf diese Weise eine Verteidigungsgemeinschaft gegen Peking zu bilden. Juin hat in Tokio erklärt, der Schlüssel zur Verteidigung Europas liege in Korea und Indochina. Der regierungstreue Teil der Pariser Presse greift diese Bemerkung mit beachtlicher Bereitwilligkeit auf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Frankreich sich zu Zugeständnissen bezüglich der Europaarmee bereitfindet, wenn es sich gleichberechtigt in die große Ostasiatische Politik eingeschaltet sieht. Mit anderen Worten: Die fast schon gescheiterte EVG soll durch eine entstehende AVG wieder flott gemacht werden.

Noch im Experimentierstadium

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Bemühungen um eine Allianz der drei Westmächte mit ostasiatischen Randvölkern und dem "Nationalchina" Tschiang Kai-scheks noch ganz im Experimentierstadium stecken. Die Frage, ob es gelingen wird, aus Südkoreanern, Nationalchinesen und Annamiten "Soldaten der Freiheit" auf asiatischem Boden zu machen, läßt sich noch nicht beantworten. Skeptische Stimmen regen sich überall, nicht zum wenigsten in Japan. Der um Indien, Indonesien und Pakistan gescharte "asiatisch-afrikanische" Block in der UN aber hat in einer Geheimsitzung, von der die Weltpresse fast keine Notiz nahm, von diesen Plänen Abstand genommen. Man konnte es in indischen Verlautbarungen lesen.

Sehr rasch war die kommunistische Gegenseite auf dem Plan. Sie berief eine sowjet-asiatische Militärkonferenz nach Port Arthur. Der chinesische Außenminister Tschu En-lai und die Oberkommandierenden der rotchinesischen Land- und Luftstreitkräfte nahmen an ihr teil. Auch der sowjetische Botschafter in Peking, Panjuschkin, war zugegen. Tschu En-lai erklärte, die chinesischen und sowjetischen Armeen seien durch den russisch-chinesischen Freundschaftspakt zusammengeschweißt, um "eine Wiedergeburt des japanischen Imperialismus zu verhindern". Die Roten Armeen in Korea und Indochina werden also den Versuch machen, die von den Amerikanern, Franzosen und Engländern geschaffenen südkoreanischen oder vietnamischen Streitkräfte als Nachfolger der vom Japan der Vorkriegszeit ins Leben gerufenen Satelliten-

regimes, wie "Mandschukuo", zu behandeln. Eine gewisse Zugkraft dürfte dieser Parole nicht abzuspochen sein.

Kein Vertrauen in Tschiang Kai-schek-Soldaten

Besonders die Zuverlässigkeit der Soldaten des unglückseligen Marschalls Tschiang Kai-schek ist sehr umstritten; Die Amerikaner selber rechneten vor vier Jahren damit, daß etwa 70 Prozent von ihnen im Augenblick, wo sie wieder chinesisches Festland beträten, die Waffen niederlegen und zu den roten Truppen Mao Tse-tungs übergehen würden. Auf Formosa ist es bisher unmöglich gewesen, jungen Nachwuchs für die allmählich überalterten Kader Tschiangs zu schaffen. Zu tief hat sich das blutige Andenken an die ungerechte Unterdrückung der Bevölkerung von Formosa im Februar 1947 den Gemütern eingeprägt.

Aber auch die Erinnerung an die südkoreanischen acht Divisionen, die im Juni 1950 vor den angreifenden Nordkoreanern wie Spreu auseinanderstoben, lasten auf dem neuen Projekt der Amerikaner und Franzosen. Gegenwärtig halten die neu formierten südkoreanischen Einheiten ca. 60 Prozent der Front. Sie sollen inklusive ihrer Spezialformationen etwa 450000 Mann stark sein und sich in den Kämpfen der letzten Monate bewährt haben. Es gibt aber zu denken, daß der südkoreanische Staatschef, Präsident Rhee, sich entschieden gegen den Einsatz nationalchinesischer Streitkräfte auf koreanischem Boden eingesetzt hat. Auch er fürchtet offenbar, daß ihr Auftauchen den Roten Gelegenheit geben könnte, die Schatten des Zweiten Weltkrieges herauf zu beschwören und eine Woge antiimperialistischer Gesinnung zu entfesseln.

Nehru ist skeptisch

All dies legt dem nüchternen europäischen Beobachter den Wunsch nahe, es möge in der asiatischen "Integration" ebenso wie in der Europäischen nichts Überstürzt werden. Nehru bemüht sich weiterhin um eine Friedensvermittlung und scheint von den militärischen Experimenten mit Formosa und Südkorea nichts zu halten. In Westeuropa muß zunächst die echte Gleichberechtigung aller zur Verteidigungsgemeinschaft hinzuzuziehenden Völker und ein politischer Ausgleich mit dem nordafrikanischen und vorderasiatischen Islam erreicht werden. Denn schließlich ist eine globale Strategie des Westens nur erfolgversprechend, wenn sie sich überall auf die freiwillige Zustimmung der Überwiegenden Mehrheit der Nationen stützen kann.

+ + +

Statt fünfzig nur noch fünfunddreißig Prozent ...

rw - Düsseldorf

Wenig Beachtung hat eine Ankündigung des nordrhein-westfälischen Wiederaufbauministeriums gefunden, wonach die Landesmittel für den Wohnungsbau zukünftig zu 65 Prozent für den Eigenheimbau und zu 35 Prozent für den sozialen Wohnungsbau verteilt werden sollen. Bisher erfolgte die Verteilung etwa im Verhältnis von 50 zu 50. Ganz abgesehen von der außerordentlich wichtigen Frage, ob der Landtag von Nordrhein-Westfalen einer solchen Verteilungsänderung zustimmt und welche Motive den Wiederaufbauminister geleitet haben mögen, ist es zunächst wichtig, die Konsequenzen dieses Beschlusses einmal genau in Betracht zu ziehen.

Zweierlei zeigt sich dabei: Es können weniger Wohnungen gebaut werden, und es wird für andere Leute als bisher gebaut. Der soziale Wohnungsbau hat die unbestrittene Aufgabe, Wohnraum für diejenigen zu schaffen, die aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht in der Lage sind, sich ein Eigentum zu schaffen oder sich durch Baukostenzuschuß eine Wohnung zu erwerben. Unter diese Kategorie der Bedürftigen fällt aber heute nicht nur die breite Schicht der Rentner und Fürsorgeempfänger, sondern auch die der Arbeiter und der Angestellten bis zu den Angestellten der höheren Einkommensgruppen. Ein "Eigenheim" stellt sich z.Zt. auf rund 25-30000,- M . Nordrhein-Westfalen hat noch eine Million Menschen, die in Massenquartieren, Notunterkünften und in unzulänglichem Wohnraum untergebracht sind. Wäre es nicht Pflicht des Landes, diese Zahl so rasch wie möglich zu verringern? Da aber schätzungsweise die Kosten für ein Eigenheim etwa doppelt so hoch sind wie für eine im Raum vergleichbare Wohnung innerhalb eines Wohnblocks, ergibt sich mit höchster Wahrscheinlichkeit, daß die Mittelneuverteilung den Verzicht auf einige tausend Wohnungen bedeutet. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen glaubt demnach berechtigt zu sein, einige tausend Familien weiter in den Not- und Massenunterkünften zu belassen, nur um einer größeren Prozentzahl als bisher die sicherlich große Freude eines eigenen Heims zu geben.

Hier ist eine Entscheidung gefallen, die mit echter sozialer Verantwortung nichts mehr zu tun hat, die bewußt das weitere Elend von

vielen Menschen in die Rechnung einbezieht, um das Glück einer anderen kleineren Anzahl zu begünstigen.

Wichtig ist aber auch die Frage: Wer wird eigentlich begünstigt durch die Bevorzugung des Eigenheimbaus? Sicherlich kaum Leute aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen, selbst wenn sie unter Verzicht auf jede Ausweitung ihres Lebensstandards jeden Pfennig in das Eigenheimprojekt stecken. Ein Eigenkapital von annähernd 10000,-M wird doch in etwa jeweils notwendig sein. Frage: In wieviel Jahren ist ein Familienvater mit zwei bis vier Kindern - und gerade diese Familien sollen doch gefördert werden oder etwa nicht? - in der Lage, 10000 M zur Seite zu legen, wenn er Arbeiter oder kleiner bis mittlerer Angestellter ist? Bleiben vielleicht die Totogewinner, die Lotteriegewinnlichen, Beamte vielleicht auch mit Garantiedarlehen, hochverdienende Angestellte - soweit es sie gibt -, Handwerker, Handel, Klein- und Mittelindustrie. Die Ärmsten der Armen aber bleiben in ihrem Loch, um ihre Kinder kümmert sich Herr Dr. Schmidt wenig, ihm schwebt ein theoretischer Idealzustand vor und er ändert daher mit einem Federstrich die Zuteilungsquoten. Als er es tat, gab es sogar bereits das Pilemma Berlin und hatte bereits Nordrhein-Westfalen keinen Platz, um die Ostzonenflüchtlinge aufzunehmen. So kann sich Illusion und Realität zu einem Knäuel verwirren, aus dem schließlich wie ein Medusenhaupt die Unfähigkeit bürgerlicher Regierungen auftaucht, der sozialen Not gerecht zu werden.

+ + +

Wenn zwei dasselbe tun ...

F.B. Wenn zwei dasselbe tun, so sagt der Volksmund, so ist es noch lange nicht dasselbe. Dieser Satz hat offenbar nicht nur für das Privatleben Gültigkeit, nein, auch in der Politik erleben wir fast täglich, daß es "noch lange nicht dasselbe ist".

Da gab es am Ende des vergangenen Jahres eine mächtige Aufregung in Schleswig-Holstein wegen des Weihnachtsliedes "Stille Nacht, heilige Nacht". Ein Schulrat hatte in einem internen Kreise die Meinung geäußert, daß er dieses Lied für reichlich süßlich halte und es wenig empfehlenswert finde, von diesem Liede im Unterricht Gebrauch zu machen. Da bekanntlich alle Dinge, die im internen Kreise geäußert werden, umso schneller an die Öffentlichkeit dringen, gingen wenige

Tage später in Schleswig-Holstein die Wellen koch. Welch glücklicher Zufall zudem, daß der betreffende Schulrat der SPD angehört. Die Volksseele kochte, und da wir in Schleswig-Holstein eine christliche und volksnahe Regierung haben, mußte der See sein Opfer haben. Der Schulrat wurde von seinem Dienst entbunden und wartet auch heute noch darauf, daß sein Verfahren zum Abschluß gebracht wird.

In diesen Tagen erschien das amtliche Gesangbuch der Diözese Mainz. Das Lied "Stille Nacht, heilige Nacht" war in diesem Gesangbuch eigenartigerweise nicht zu finden. Man vermutete ein technisches Versehen, bis der Oberhirte dieser Diözese, Bischof Dr. Stohr, selbst die Aufklärung gab. Dieses Lied, so meinte er, wird in der Diözese Mainz nicht mehr offizielles Kirchenlied sein. Es möge zwar ein sehr gefühlvolles Lied sein, es gehöre jedoch mit einigen anderen Liedern nicht mehr in ein amtliches Gesangbuch. Die Auffassung über das kirchliche Liedgut habe sich eben gewandelt.

Nun mögen die wackeren Schleswig-Holsteiner, die ihren Schulrat ob seiner "ketzerischen" Auffassung verdammt haben, die Meinung vertreten, daß Bischof Dr. Stohr eine katholische Meinung vertrete, während man im Norden des Landes in seinen protestantischen Gefühlen beleidigt worden sei. Wir halten eine solche Differenzierung für Haarspalterei, denn einmal sind Dichter und Komponist des Liedes Katholiken gewesen und zum anderen enthält das neue Gesangbuch der Mainzer Diözese auch Lieder, die sonst im allgemeinen in protestantischen Kirchen gesungen werden. Es scheint sich also in den Kirchenliedern eine ziemliche Angleichung ergeben zu haben.

Man darf natürlich jetzt gespannt sein, ob die Eiferer in Schleswig-Holstein sich zu der Ansicht bekehren werden, daß, was dem einen billig, dem anderen recht sein soll. Es gibt natürlich die berühmten zwei Möglichkeiten. Entweder man revidiert seine Auffassung, nachdem ein so kompetenter Mann wie Bischof Stohr fast die gleiche Auffassung wie der suspendierte Schulrat geäußert hat. Die zweite Möglichkeit ist, daß man noch "christlicher" wird und die Mainzer Entscheidung mit dem Kirchenbann belegt; dann hat unser Schulrat noch weniger zu lachen.